



Medienmitteilung vom 18. Mai 2006

01.71/FW

Jahrestagung der Gesundheitsdirektorenkonferenz vom 18. Mai 2006 in Schuls GR

Die Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz beschloss, die Konzentration der hochspezialisierten Medizin weiter zu verfolgen. Konkrete weitere Schritte werden erst nach Vorliegen verschiedener Abklärungen und Gutachten beschlossen. Was die Spitalfinanzierung betrifft, bekräftigte die GDK ihre Haltung, wonach sich die Revision des Krankenversicherungsgesetzes vorerst auf die Einführung der unumstrittenen Leistungsfinanzierung zu konzentrieren habe. Die Prüfung von Massnahmen zur Förderung der ambulanten ärztlichen Grundversorgung soll intensiviert werden.

Schuls GR, 18.5.2006. Unter dem Vorsitz des Luzerner Gesundheits- und Sozialdirektors, Regierungsrat Dr. Markus Dürr, hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) in Schuls ihre Jahrestagung abgehalten. Sie folgte damit einer Einladung der Bündner Regierung und von Regierungsrat Martin Schmid. Die Konferenz wählte als Nachfolger des zurücktretenden Berner Regierungsrates Samuel Bhend neu Regierungsrat Dr. Philippe Perrenoud (Bern) in den Vorstand.

Wichtigstes Traktandum der Konferenz war die **Konzentration der hochspezialisierten Medizin**. Der letzte Woche von der Zürcher Gesundheitsdirektion veröffentlichte Zwischenbericht zu einem auf internationale Experten abgestützten Gutachten wurde positiv gewürdigt. Er zeigt auf, dass je nach Fachgebiet differenzierte Lösungen zu suchen sind. Ein Rechtsgutachten des Zürcher Professors Biaggini wirft grundsätzliche Fragen zur Anwendbarkeit der NFA-Regelung auf, die vertieft abgeklärt werden müssen. Bis zum Herbst 2006 werden diese Expertisen zur Frage der verfassungsmässigen und rechtlichen Rahmenbedingungen einer interkantonalen Vereinbarung sowie der Schlussbericht zum Zürcher Gutachten und die Resultate des von den Kantonen Bern und Basel-Stadt in Auftrag gegebenen Gutachtens vorliegen. Gestützt darauf wird die GDK dann an der Herbsttagung über das weitere Vorgehen beschliessen.

Die GDK setzt sich dafür ein, dass die Vorlage zur **Spitalfinanzierung** vorerst auf die für die Kostenbegrenzung relevanten Punkte konzentriert wird: Einführung der leistungsbezogenen Abgeltung mit Fallpauschalen und gesetzliche Grundlage für die Pflege des DRG-Abgeltungssystems, Einführung von Betriebsvergleichen und Bestimmungen zur Statistik. Zudem soll das dringliche Bundesgesetz über die Kantonsbeiträge an innerkantonale stationäre Behandlungen ins Krankenversicherungsgesetz überführt werden. Die Versammlung liess sich vom medizinischen Leiter des Instituts für Krankenhausentgelte (InEK), Dr. Martin Braun, über die positiven Erfahrungen mit der Einführung des Fallpauschalsystems in Deutschland informieren. Im Hinblick auf die Pflege des DRG-Abgeltungssystems hat die GDK einen entsprechenden Finanzierungsplan gutgeheissen. Sie ruft alle Partner und den Gesetzgeber auf, alle Massnahmen für eine rasche, flächendeckende Einführung zu ergreifen.

Die Prüfung von Massnahmen zur Förderung der **ambulanten medizinischen Grundversorgung** soll in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit intensiviert werden. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe wird unter Einschluss der interessierten Ärzteschaft insbesondere nach Verbesserungen bei der Notfallversorgung und bei der Finanzierung der spezifischen Weiterbildung suchen.

Regierungsrat Joachim Eder (ZG) als Präsident des bisherigen Bildungsrates berichtete über die Entwicklungen im Bereich der **Berufsbildung** und über die betreffende Reorganisation der Arbeiten der GDK. Schliesslich wurde ein vom Bundesamt für Gesundheit bereitgestellter Bericht über **gesundheitpolitische Strategien** vorgestellt.

Auskünfte:

Regierungsrat Dr. med. vet. Markus Dürr, Präsident GDK (041 228 60 81),

Franz Wyss, lic.rer.pol., Zentralsekretär GDK (031 356 20 20)

Cornelia Oertle Bürki, lic. phil. MHA, stv. Zentralsekretärin GDK (031 356 20 20)